



MigrantInnen bezahlen nicht für eure Krise!

Nach einer aktuellen Studie des AMS waren im März offiziell 271.557 Menschen ohne einen Arbeitsplatz. Mit den in Schulung befindlichen Personen stieg die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich um 3 Prozent auf insgesamt 333.987 Arbeitslose.

49.946 Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren davon betroffen, also rund 50.000 MigrantInnen. Das ist ein Anstieg um 772 Personen (oder 1,6 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Allein in der Steiermark sind mittlerweile 4.407 MigrantInnen offiziell arbeitslos gemeldet.

MigrantInnen sind die Ersten, die unter Fallbeil der sich schon lange ankündigenden Wirtschaftskrise geraten. Sie finden vorwiegend als LeiharbeiterInnen oder in prekären Verhältnissen Arbeit. In diesen Bereichen wird einfach nicht mehr weiterverwendet und es gibt kaum eine Möglichkeit sich gewerkschaftlich zu wehren..

Die Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise liegen in der Überproduktion und in den Folgen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Die Überproduktion ist das Resultat der Konkurrenz unter Unternehmen. Unter Konkurrenzdruck produzieren Unternehmen zuviel, investieren in neue Produktionsanlagen. Es wird immer nur hinsichtlich einer hohen Profiterwartung produziert und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Bald finden die Produkte keine Käufer mehr. Der Markt ist übersättigt. Die neoliberale Form des Kapitalismus hat zu einer Konzentration des Reichtums und der Ausweitung der Armut geführt und auch zum Kaufkraftverlust der Mittelschichten.

Die Verlagerung der Produktionsanlagen in sogenannte Billiglohnländer verstärkte den Konkurrenzdruck weiter und brachte enorme Ausbeutung der LohnarbeiterInnen in diesen Ländern, Kinderarbeit und miserabelste Arbeitsbedingungen mit sich.

Die billig produzierten Produkte dort und ihr Absatz in den „kaufkräftigen“ Märkten des Westens, ließ Lohnabhängige hier Lohnsenkungen akzeptieren. Die Drohung der Unternehmen mit Firmenschließung, Produktionsstättenverlagerung, das hieß im Klartext Entlassung und Kurzarbeit, wirkte fast immer.

MigrantInnen haben viele Gründe, ihre Heimat zu verlassen. Für jene, die aus trikontinentalen Ländern kommen, sind Not und Mangel die Hauptgründe.

Wenn – falls überhaupt je vorhanden- billige Produktionsstätten in ihren Ländern geschlossen werden, um sie in noch billigere Länder weiterzuverlagern (z.B. von Marokko nach China), so finden die nunmehr Arbeitslosen keine Arbeitslosenversicherung oder andere Sozialleistungen vor.

Sie stehen vor dem Nichts.

Wohin?

Wer es schafft, sich durch die vorgelagerten Grenzzäune und die Stacheldrahtverhaue und die restriktive Gesetzgebung in die EU durch zu kämpfen, kann wiederum hier als billigste Arbeitskraft eingesetzt werden. In allen Bereichen der Arbeit, von „illegalen Beschäftigungsverhältnissen“ bis hin zur Leiharbeit.

Unternehmen, das liegt in der Natur des Kapitalismus, wollen und müssen immer die für sie profitabelste Situation nützen. Kurz gesagt: große und mittlere Konzerne profitieren von Kinderarbeit in asiatischen Ländern, Unternehmen in der EU profitieren von Leiharbeit, Kurzarbeit, illegaler Arbeit.

In beiden Fällen bezahlen jene Menschen dafür, die zur untersten Schicht der Lohnabhängigen gehören.

Der einzige Ausweg aus der Krise ist der Zusammenschluss der Betroffenen.

Über die Grenzen der EU hinweg müssen Gewerkschaften international aktiv werden. Ausbeutung darf nirgendwo auf der Welt akzeptabel sein.

ORGANISIERUNG - SOLIDARITÄT - ZUSAMMENHALT
unter MigrantInnen, unter ArbeiterInnen, unter Allen von der Krise Betroffenen,
das sind die Gebote der Stunde!

Es ist das innerste moralische Recht eines jeden Menschen, für gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Das kapitalistische Ausbeutungssystem zeigt sein wahres Gesicht.

Nutzen WIR die Krise um die Wegweiser für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung aufzustellen!